

## **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Brandschutz der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow**

### **Protokoll über die Sitzung des Ausschusses vom 14.11.2019**

Datum: 14.11.2019  
Zeit: 16:15 Uhr bis 18:39 Uhr  
Ort: Rathaus der Stadt Rathenow – Zimmer E 08  
Berliner Straße 15 in 14712 Rathenow

#### **Teilnehmer:**

##### Abgeordnete:

Herr Maasch, Ralf  
Herr Böttger, Marcel  
Herr Brüggemann, Ron  
Herr Gensicke, Andreas  
Herr Granzow, Karl-Reinhold  
Herr Schwenzer, Horst

##### Sachkundige Einwohner:

Herr Reimer, Jürgen  
Herr Stiel, Adrian  
Frau Holzinger, Brit  
Herr Schneider, Wolfhardt  
Herr Missfelder, Juma (KiJuPa)  
Frau Schmidt, Hannelore (Seniorenrat)  
Herr Damm, Gisbert

Gäste: Frau Wydra, Herr Rall, Herr Gericke  
Vertreter der Verwaltung: Herr Hubald, Herr Wegener  
Vertreter der Presse: Frau Bohm  
Protokollantin: Frau Gutmacher

#### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit**

Herr Maasch begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Brandschutz, die sachkundigen Einwohner, die Vertreter der Verwaltung und alle Gäste. Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt. Von 7 Abgeordneten sind derzeit 6 Abgeordnete anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

#### **TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung und Änderungsanträge**

Herr Maasch erkundigt sich nach Änderungsanträgen zur Tagesordnung.

Herr Böttger stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 9 und 10 dem Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen.

**Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Tagesordnung:** 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Brandschutz sind 6 Mitglieder anwesend. Damit wird dem Änderungsantrag von Herrn Böttger einstimmig zugestimmt.

Der Tagesordnung wird daher wie folgt geändert zugestimmt:

#### **Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung und Änderungsanträge
3. Einwohnerfragestunde
9. Bericht aus der Verwaltung
10. Aktuelle Informationen und Anfragen

4. Protokollkontrolle der Sitzung vom 05.09.2019 – öffentlicher Teil
5. Informationen zu den Hochwassermanagementplänen durch Herrn Damm
6. Situation im Stadtforst
7. Diskussion zum Radverkehr in Rathenow
8. Vorstellung der neuen Friedhofssatzung der Stadt Rathenow

#### **Nichtöffentlicher Teil**

11. Protokollkontrolle der Sitzung vom 05.09.2019 – nichtöffentlicher Teil
12. Aktuelle Informationen und Anfragen

#### **TOP 3 Einwohnerfragestunde**

Herr Gericke informiert über Verbesserungsvorschläge hinsichtlich des Radverkehrs in der Stadt Rathenow und stellt Probleme dar. Unter anderem wird angeführt, dass Radfahrer auf dem Gehweg fahren, an Markttagen über den Märkischen Platz, es wird kreuz und quer und über Fußgängerüberwege gefahren u.v.m.. Als Gründe dieser Problematik werden benannt, dass an der ein oder anderen Stelle „nicht ganz sinnvolle Regelungen“ getroffen wurden und durchaus verbessert werden könnten, hier: z.B. die Fehrbelliner Straße in Höhe der Bushaltestelle, wo Radfahrer den Gehweg nutzen, um in den Kreisverkehr zu gelangen. Des Weiteren wird auf versperrte Radwege verwiesen, hier: z.B. durch auf dem Radweg parkende Autos der Händler auf dem Märkischen Platz und durch Mülltonnen zugestellte Radwege im Rahmen der Müllabfuhr an Montagen in der Curlandstraße. Für die Problematik Mülltonnen auf dem Radweg in der Curlandstraße wird vorgeschlagen, die Mülltonnen auf die Straße zu stellen.

Herr Granzow schlägt vor, die Thematik unter TOP 7 zu behandeln und Herrn Gericke ggf. Rederecht einzuräumen.

Herr Maasch begrüßt Frau Wydra als Radverkehrsbeauftragte des Landkreises Havelland und verweist auf eine Behandlung der Thematik Radverkehr im Rahmen des TOP 7 Diskussion zum Radverkehr in Rathenow.

#### **TOP 9 Bericht aus der Verwaltung**

Herr Hubald informiert:

##### ***Beantragung Tempo 30 im Rahmen der Lärmaktionsplanung***

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung wurde für einzelne Straßen in der Stadt Rathenow ein entsprechender Antrag auf Tempo 30 bei der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Havelland beantragt, welcher jedoch nicht in absehbarer Zeit beschieden werden kann, aufgrund eines rechtlichen Problems bezüglich der Anerkennung der Grundlagen zur durchgeführten Lärmaktionsplanung. Die zuständigen Ministerien des Landes Brandenburg sind zu dem Ergebnis gekommen, dass lediglich der Bund eine abschließende Entscheidung treffen kann. Daher ruht der Antrag der Stadt Rathenow, bis eine abschließende Klärung seitens des Bundes erfolgt ist, da zunächst erst einmal die Grundlagen der Lärmaktionsplanung geklärt werden müssen auf welcher die Lärmaktionsplanung basiert.

##### ***Beantragung Tempo 30 - Am Körgraben***

Der Antrag wurde seitens der Stadt vor geraumer Zeit bei der Straßenverkehrsbehörde gestellt, welcher jedoch weiterhin offen ist. Es wird über regen Schriftverkehr berichtet aufgrund der unterschiedlichen Ansichten zur Erfüllung der Antragsvoraussetzungen. Ein Zebrastreifen konnte nicht genehmigt werden, da im Rahmen einer Fußgängerzählung die Höhe der Frequentierung nicht gegeben war.

### **Beantragung Tempo 30 - Friedhofsweg**

Der Antrag wurde seitens der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Havelland genehmigt, hier: mit Zusatzzeichen - Werktags bis 18 Uhr und dem Hinweis Kindergarten. Die entsprechenden Schilder sind bereits bestellt.

Herr Böttger erkundigt sich über die Umfahrung zur kommenden Baumaßnahme B102 über den Körgraben.

Herr Hubald teilt mit, dass der Körgraben keine Umleitungsstrecke für Schwerverkehr sein wird. Die Straße ist für Schwerverkehr nicht zugelassen, daher wird der Landesbetrieb eine andere Umleitungsstrecke ausweisen.

Herr Wegener schildert die fehlende Befahrbarkeit für Schwerverkehr und bis maximal 12,5 Tonnen aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und einer vorhandenen Moorlinie.

### **TOP 10 Aktuelle Informationen und Anfragen**

Herr Schwenzler verweist auf den Bürgerhaushalt und die Ablehnung der Maßnahme Graffiti beseitigung, was seinerseits beanstandet wird. Es wird sich auf die Antwort seitens der Stadt zum Vorschlag eines Bürgers zur Graffiti beseitigung im Rahmen des Bürgerhaushaltes bezogen. Die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt Rathenow werden für die schnelle Beseitigung der Graffiti an ihren Objekten gelobt. Seitens der Stadt Rathenow wird jedoch nichts unternommen und verweist auf die „Mauer in der Forststraße“. Die Stadt muss Vorbild sein und Graffiti müssen gleich beseitigt werden, ggf. ist die KWR zu beauftragen, wenn die Stadt Graffiti nicht selber entfernen kann. Es wird gefordert, dass die Stadt die Graffiti an städtischem Eigentum ebenfalls umgehend beseitigt und verweist hierbei auf ein Graffiti in der Goethestraße/Ecke Forststraße. Auch die Deutsche Bahn müsste bezüglich Graffiti am Bahnhof wieder einmal angeschrieben werden seitens der Stadt.

Herr Brüggemann schildert einen Sachverhalt, wobei seinerseits mehrmals die Graffiti beseitigung an der Schallschutzwand der Bahnstrecke vorgenommen wurde und jeweils 2 Tage später wieder mit Graffiti versehen war und anschließend auch sein eigener Laden mit Graffiti besprüht wurde. Es wird von einem Graffiti Entfernungsgesetz und einer damit verbundenen möglichen Graffiti beseitigung innerhalb von 24 Stunden berichtet, mit Anschaffungskosten zwischen 20.000-25.000 €. Bei dem Graffiti Entfernungsgesetz handelt es sich um eine Art Sandstrahlgerät mit unterschiedlicher Intensitätseinstellung.

Herr Böttger merkt an, dass die Polizei den Druck erhöhen sollte, und verweist auf soziale Medien, in denen sich Täter rühmen. Das Graffiti-Problem besteht bereits seit mehreren Jahren.

Herr Brüggemann informiert über einen Sachverhalt wo die Tat eingestellt wurde mit der Begründung, dass andere schwerwiegendere Taten begangen wurden.

Herr Schwenzler schildert den Werdegang von der Anzeige bis zur Einstellung eines Graffiti Sachverhaltes und merkt an, dass Graffiti in anderen Städten nicht so schlimm ist und in Rathenow dringend gehandelt werden muss.

Herr Granzow bittet Herrn Hubald, dass der Vorschlag von Herrn Brüggemann zur Anschaffung eines Graffiti beseitigungsgesetzes übernommen und dann die Beseitigung dem Bauhof übertragen werden sollte.

Herr Hubald merkt an, dass dieser Vorschlag entsprechend weitergeleitet und auch die Möglichkeit eines Rahmenvertrages zur Beseitigung von Graffiti mit der KWR geprüft und besprochen wird. Weiterhin wird darüber informiert, dass seitens des Bürgermeisters die Ordnungspartnerschaft Graffiti künftig bestehen und bestärkt wird.

Herr Böttger informiert darüber in der Goethestraße ca. 320-350 gesprühte Zeichen gezählt zu haben. Weiterhin wird auf die Ablagerung mehrerer Haufen von Gartenabfällen in der Gartenstraße hinter dem Sportplatz verwiesen, was bereits dem Ordnungsamt mitgeteilt wurde. Fortfolgend wird die Thematik Straßenreinigung in der Kopernikusstraße angesprochen mit der

Bitte, den Sachverhalt zu prüfen, ob die Straßenreinigung jeweils am Dienstag verschoben werden kann von 13:00 Uhr auf 14:00 Uhr. Als ein weiteres Thema wird der Rattenbefall am Kulturzentrum thematisiert.

Herr Schwenzer merkt an, dass die Gartenstraße nicht beleuchtet sei.

Herr Wegener informiert umfassend zu der Thematik Schadnagerbefall um das Kulturzentrum bis Goethestraße etc., spricht von einem bekannten und andauernden Problem und den örtlichen Gegebenheiten anhand der Historie, den Problemen des Herankommens in einzelnen Rabatten, der Zusammenarbeit mit dem Wasser- und Abwasserverband und der KWR und erörtert die begrenzten Möglichkeiten zur Verbringung von Ködern vor Ort.

Herr Böttger erkundigt sich, ob eine Umgestaltung der Aussenanlagen sinnvoll wäre.

Herr Wegener teilt mit, dass eine Umgestaltung lediglich zu einer Verdrängung der Schadnager führen würde und damit die aktuelle Beköderung diverser Anlagen um das Kulturzentrum und Postareal keinen Erfolg mehr erzielen würden. Des Weiteren wird anhand der Rathenower Stadtgeschichte erläutert, dass aufgrund historischer Gegebenheiten wie Bombardierungen Hohlräume entstanden sind, welche den Schadnagern als Unterschlupf dienen.

Herr Böttger bittet um Prüfung der Möglichkeit einen Fußgängerüberweg auf der Höhe der Mühle zu installieren aufgrund der starken Frequentierung des Verkehrs mit Verweis, dass der Sachverhalt ggf. auch im Bauausschuss thematisiert und geprüft wird. Aktuell wird eine Unterschriftenliste gefertigt.

Herr Hubald wird den Sachverhalt thematisieren.

Herr Granzow erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Jederitzer Brücke mit Verweis auf einen Pressebericht.

Herr Hubald informiert, dass die Thematik „Jederitzer Brücke“ am 03.12.2019 ausführlich im Bauausschuss gemeinsam mit den Abgeordneten und dem Brückenprüfer thematisiert wird. Es geht darum, dass die Brücke diverse Schäden aufweist, welche im Rahmen einer regulären Untersuchung durch den Brückenprüfer festgestellt wurden und die Empfehlung in Richtung einer Sperrung für den Kfz-Verkehr tendiert und lediglich für Fußgänger- und Radfahrer nutzbar sein sollte.

Herr Granzow verweist auf die neue Brücke am Stadtkanal und bittet um Überprüfung der Ordnung und Sauberkeit, hier: z.B. Hundekot und ausufernde Rosensträucher, im Bereich des Uferweges. Des Weiteren wird sich zu einem Vor-Ort-Termin zur Thematik Beleuchtung im „Sonneweg“, hier: der Verbindungsweg zwischen dem Ernst-Haeckel-Weg und der Milower Landstraße, gemeinsamen mit Herrn Remus und Herrn Goldmann erkundigt.

Herr Hubald kümmert sich um die seitens Herrn Granzow benannten Sachverhalte.

Herr Maasch bezieht sich auf Herrn Brüggemann seine Ausführungen zur Anschaffung eines Graffiti-Entfernungsgerätes und merkt an, dass diesbezüglich ein Antrag für die nächste Stadtverordnetenversammlung formuliert werden sollte und verweist auch auf eine mögliche Thematisierung im Aufsichtsrat der KWR.

Herr Brüggemann stellt den Antrag auf Anschaffung einer Maschine zur Beseitigung von Graffiti und wird sich um die Beschaffung einer Produktbeschreibung kümmern.

⇒ Die anwesenden Ausschussmitglieder befürworten diesen Antrag.

Herr Hubald informiert, dass die finanziellen Mittel zur Anschaffung eines Graffiti Entfernungsgesetzes zunächst in den Haushalt eingeplant werden müssen.

Herr Brüggemann berichtet, dass die Anschaffung eines Graffiti Entfernungsgesetzes seinerseits beim damaligen KWR Aufsichtsrat thematisiert wurde.

Herr Maasch wird das Thema Graffiti Entfernungsgesetz erneut im Aufsichtsrat der KWR thematisieren.

Herr Gensicke merkt an, dass es eher Sinn machen würde die Graffiti beseitigung bei der KWR anzugliedern und bittet um Prüfung dieser Möglichkeit.

⇒ Es schließt sich eine Diskussion an, über welchen Antrag abgestimmt werden soll.

Herr Hubald schlägt vor die Varianten zur Graffiti beseitigung, hier: 1. Anschaffung eines Graffiti Entfernungsgertes seitens der Stadt und 2. die externe Graffiti beseitigung durch die KWR, vorab durch die Verwaltung prüfen zu lassen.

#### **TOP 4 Protokollkontrolle der Sitzung vom 05.09.2019 – öffentlicher Teil**

⇒ Es liegen keine Einsprüche zum Protokoll vor. Das Protokoll ist somit bestätigt.

Herr Granzow wünscht zu den Hundekontrollen zu wissen, ob die Beseitigung von Hundekot oder Hundemarken kontrolliert wurden. Des Weiteren wird sich nach den Bestrebungen erkundigt das Grundwassergutachten zu verlängern und entsprechende finanzielle Mittel in den Haushaltsplan einzustellen oder ob bereits finanzielle Mittel eingeplant sind.

Herr Hubald kann keine verbindliche Aussage treffen, ist jedoch der Ansicht, dass eine Verlängerung zum Grundwassergutachten vorgenommen wurde.

Herr Damm wünscht eine verbindliche Antwort in der nächsten Arbeitsgruppe Grundwasser.

Herr Hubald erkundigt sich.

#### **TOP 5 Informationen zu den Hochwassermanagementplänen durch Herrn Damm**

Herr Damm als Mitglied der Bürgerinitiative Grundwasser schildert kurz seinen persönlichen Werdegang und die Vorgeschichte zur Bürgerinitiative Grundwasser und dem Risikomanagement mit Verweis auf Herrn Metzner und deren Unterlagen. Es wird beginnend im Jahr 2013/2014 auf die Erhebungen der Stadt über mögliche Hochwasserschwerpunkte und der Weiterleitung an das Landesumweltamt verwiesen. Es wurde sich seinerseits umfänglich beim Landesumweltamt erkundigt. In den Jahren von 2014-2016/2017 hat das Landesumweltamt eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen für jeden Landkreis und für jede Stadt erarbeitet und in sogenannten Mustersteckbriefen editiert. Dazu gab es Beratungen beim Landesumweltamt und letzten Endes wurden auch die Landkreise und Städte vom Landesumweltamt über die Ergebnisse per E-Mail informiert. Seinerseits wurde sich die Mühe gemacht diesen E-Mail's zu folgen mit der Feststellung, dass für das ganze Land Brandenburg rund 1.200 Einzelmaßnahmen festgelegt wurden. Anschließend wurde gefiltert welche Maßnahmen auf Rathenow und den Landkreis Havelland zutreffen. Im Ergebnis wurden ca. 150 Einzelmaßnahmen lokalisiert, die sowohl die Organisation und den Schutz des Hochwassers, die Mitteilung der Verantwortlichen, die Bauplanung und Baugenehmigung bis hin zu Einzelmaßnahmen, die den Versicherungsschutz betreffen, als auch die Nachbereitung von Hochwasser, Aktualisierung der Aktenlage, Aktualisierung der Einsatzstäbe usw.. Wichtig ist zu wissen, dass das Landesumweltamt die von der Stadt kommenden Informationen auch mit Kartenmaterial umgesetzt hat, wer wo gefährdet ist und Hauseigentümer für den Hochwasserschutz eigenverantwortlich sind. Das Landesumweltamt verlangt Informationen an die Bevölkerung und auch die Bereitstellung von Sandsäcken und anderen Schutzmaterialien. In Kenntnis dieser Dinge musste seinerseits auch festgestellt werden, dass andere Landkreise und Städte bereits fleißig an dieser Sache gearbeitet haben, wobei als Beispiel eine große Übung in Pritzwalk angeführt wird und auf den Landkreis Oberhavel verwiesen wird, welcher bereits im Detail gearbeitet hat. Jedoch ist hier nichts passiert. 30 Monate in denen hätte gearbeitet werden können sind vorbei. Es wird auf eine Kontrolle durch das Landesumweltamt im Frühjahr 2020 hingewiesen. Aufgrund dessen wurde seinerseits ein Termin beim Bürgermeister eingeholt, um ihn zu informieren. Dieser Gesprächstermin ist dann nicht mit dem Bürgermeister, sondern gemeinsam mit Herrn Remus, Herrn Granzow und Herrn Ursinus von der Bürgerinitiative Grundwasser erfolgt und darüber informiert worden dieses Thema im Ausschuss beraten zu wollen. Parallel dazu wurde Herr Maasch seinerseits gebeten sich ebenfalls zu dieser Thematik zu informieren, unter dem Verweis auf diverse Informationsadressen. Auch Herr Hubald hat sich mit den Maßnahmen für die Stadt und dem

Landkreis umfangreich beschäftigt. Die Unterlagen zu den Maßnahmen wurden seinerseits mitgebracht und können gerne eingesehen und auch erläutert werden. Fakt ist, dass begonnen wird zu arbeiten. In Kenntnis dieser Dinge und im Gespräch mit Herrn Remus hat sich herausgestellt, dass sämtliche das Bauamt betreffende Maßnahmen, hier: u.a. Baugenehmigungen für hochwassergefährdete Gebiete, Flächennutzungsplanung usw. alles läuft und daher in der Berichterstattung problemlos angehakt werden können. Jedoch gibt es andere Punkte die angegangen werden müssen und verweist auf die seinerseits erarbeiteten Vorschläge für die Stadtverwaltung. Dabei ist es wichtig, dass aus diesem Material eine Prioritätenliste erarbeitet wird zu den am dringlichsten anstehen Maßnahmen und diese unverzüglich umgesetzt werden. Diese Pflichtaufgaben in der Prioritätenliste hat die Stadtverwaltung in eigener Verantwortung und in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Havelland umzusetzen. Der Landkreis Havelland hätte bereits agieren und sich melden können, dass gemeinsam etwas unternommen werden muss. Sehr wichtig erscheint ihm als eine der ersten Maßnahmen, dass die Organisationspläne für die Stabsarbeit im Hochwasserschutz überarbeitet werden. Ebenfalls wichtig wäre eine Aufklärung, die gefordert wird für die Bevölkerung, wie der Hochwasserschutz hier organisiert ist und was im Ernstfall zu tun ist. Hochwasserschutz ist eine Frage der Daseinsvorsorge und unerlässlich. In den letzten beiden trockenen Sommern war das kein Thema, wenn allerdings beispielsweise die Klimaveränderung schneller voranschreitet, dann haben wir in den nächsten 5 Jahren hier mit Hochwasser zu kämpfen. Seinerseits wurde sich bei der Potsdamer Klimaforschung kundig gemacht, wo ihm mitgeteilt wurde, dass wenn die Arktis weiterhin abtaut und das Kältepotential am Nordpol abnimmt, sich auch der Atlantik erwärmt und das Islandtief, welches im wesentlichen unser Wetter bestimmt, sich einige 100 Kilometer nördlich verschiebt, was zur Folge hätte, dass die Tiefdruckgebiete, die das Wetter für längere Zeit immer wieder bestimmen, vor und über die Alpen drüber hinweg geht und es uns treffen würde. Es wird als Beispiel auf die aktuelle Lage in Venedig verwiesen. Diese Menge könnte jetzt auch das Voralpenland treffen. Westdeutschland hat dieses Jahr bereits reichlich Regen abbekommen. Auch wir haben dann diese Mengen zu erwarten. Somit müssen nicht nur die Informationen in Ordnung gebracht werden, sondern auch die Grabensysteme und verweist auf den Wasser- und Bodenverband, welcher in den vergangenen Jahren aus Kostengründen bestimmte Gräben über Jahre nicht bearbeitet hat. Solange die mit einer entsprechenden Nummer im Kataster versehenen Gräben existieren, müssen diese auch bearbeitet werden. Die Arbeitspläne vom Wasser- und Bodenverband werden beim Landkreis Havelland zur Bestätigung eingereicht, wobei Herr Burkhardt vom Landkreis Havelland hätte kontrollieren und feststellen können, dass sich bestimmte Gräben seit 5 Jahren nicht mehr in der Bearbeitung befinden und dies hinterfragen müssen. Es kann durchaus möglich sein, dass bestimmte Teile unseres Grabensystems nicht mehr benötigt werden, allerdings müsste dazu eine öffentliche und gutachterliche Stellungnahme erfolgen und ein ordentlicher Antrag diese Teile aus dem Kataster herauszunehmen. Ansonsten ist es so, dass es konkurrierende Bestimmungen mit dem Naturschutz gibt, wenn der Graben jahrelang nicht bearbeitet wird, dieser zu einem Biotop erklärt wird und dann Gutachten z.B. zu Pflanzen und Tieren gemacht werden müssen. Diese konkurrierenden Bestimmungen, wovon es zahlreiche gibt, widersprechen den Bestimmungen des Landesumweltamtes. Es wird ein weiteres Beispiel angebracht und benennt und erläutert die Thematik Schliepengraben mit dem konkurrierenden Bibermanagement. Zusammenfassend wird erörtert, dass bezüglich der ganzen konkurrierenden Bestimmungen entsprechende Kontrollen durchgeführt und eine weitere Verfahrensweise geklärt und festgelegt werden sollte, und es diesbezüglich zu keinem Stillstand kommen darf. Zu diesem Zweck wurden seinerseits einige Vorschläge für das Protokoll erarbeitet als Beschlussvorlage. Als sachkundiger Einwohner wird darum gebeten diese Vorschläge zu unterstützen. Es werden die Vorschläge verlesen, welche dem Protokoll beigelegt werden.

**Anlage von Herrn Damm:**

**Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Brandschutz der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow**

**Beschlussvorschläge zu TOP 5**

Die Stadtverwaltung erarbeitet zeitnah zu den Mitte 2017 vom Landesumweltamt erarbeiteten Mustersteckbriefen und mit E-Mail bekanntgemachter Information, überwiegend als Pflichtaufgaben im Los 3 bezeichneten Maßnahmen zur Umsetzung des Hochwasserrisiko-managements, eine Prioritätenliste zur Abarbeitung dieser Aufgaben. Das sind vordringlich Aufgaben des Landkreises und der Stadtverwaltung zur Daseinsvorsorge.

Ebenfalls vordringlich sollte entsprechend der Aufgabe ( LfU-Code V240) - Aufklärung der Öffentlichkeit zum richtigen Verhalten im Hochwasserfall - in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung eine Information vorbereitet werden. Wichtig ist dabei die Bekanntgabe der hochwassergefährdeten Straßenzüge und – bereiche. Außerdem wie der Eigenschutz erreicht werden kann und wo die Schutzmittel (Sandsäcke) erworben werden können und wieviel Schutzmaterial pro lfm und 0,50 cm Höhe zu kalkulieren sind.

Der Ausschuss erhält halbjährlich über die Abarbeitung der Prioritätenliste eine kurze Information von der Stadtverwaltung.

Im Jahresbericht des Bürgermeisters erhalten die Stadtverordneten eine umfassende Information zum Stand des Hochwassermanagement der Stadtverwaltung.

Zu strittige Fragen – Konflikte mit den bezeichneten Aufgaben aus dem Hochwassermanagement des LfU und anderen Projekten z, B. Schliepengraben oder Bibermanagement und Gewährleistung des ungehinderten Abflusses von Verrohrungen in Gräben, ist der Ausschuss mit geeigneten Vertretern beizuziehen.

Gisbert Damm

Herr Gensicke wünscht zu wissen wann es in Rathenow diesbezüglich die letzte kritische Hochwassersituation gab.

Herr Damm merkt an, dass 2013 das Wasser am Weidenweg im Havelunterlauf bereits auf der Wiese zum Haus stand und dann auch die Polder geöffnet wurden.

Herr Wegener schildert den höchsten Wasserstand in Rathenow gegen Ende der 80er Jahre am Kino. Auf die höchste Bedrohungslage der letzten Jahre im Jahr 2013, hinsichtlich des Elbdeiches in Fischbeck, wird Bezug genommen und die darin bestehende Bedrohung der Vorflut der Havel über die Grabensysteme Schmetzdorf – Königsgraben geschildert. Weiterhin wird von regelmäßigen Übungen der Einsatzkräfte berichtet.

Herr Granzow dankt Herrn Damm für seine umfangreiche Ausarbeitung der Thematik und Ausführung und appelliert zur Wachsamkeit hinsichtlich der Thematik Grundwasser. Es wird auf den Artikel „Gewappnet für ein Jahrhunderthochwasser“ in der BRAWO vom 13.11.2019 verwiesen.

⇒ **Hinweis der Protokollantin:**

<https://www.moz.de/landkreise/havelland/rathenow/rathenow-artikel/dg/0/1/1765119/>

Herr Hubald erörtert ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Damm, dass im Rahmen des Hochwassers 2013 auch Fehler aufgedeckt wurden, hier: z.B. die Pläne entlang der großen Flüsse waren nicht aktuell, defekte und falsch ausgerichtete Messstationen etc., welche auch erkannt und im nationalen Hochwasserschutzplan angegangen wurden. Der Landkreis Havelland ist nicht untätig gewesen und führt regelmäßig zwei Mal im Jahr große aber für den Bürger eher unauffällige Stabsübungen durch. Seitens der Stadt Rathenow existiert der Alarm- und Einsatzplan Gefahr, welcher tatsächlich aktualisiert werden muss. Es wird die Zusammensetzung des Führungsstabes der Stadt erläutert. Eine diesbezügliche Übung könnte durchgeführt werden. Weiterhin wird angemerkt, dass eine Abstimmung mit dem Landkreis Havelland notwendig sei wer welche Aufgabe übernimmt, damit nicht beide Behörden, hier: Stadt Rathenow und Landkreis Havelland, parallel eine Handlungsbroschüre erstellen. Der Abgleich der konkurrierenden Planungsvorgaben ist ebenfalls aufgefallen. Es wurde festgestellt, dass die Festlegungen in den Gewässerentwicklungskonzeptionen in einzelnen Punkten durchaus den Managementplänen von Flora, Fauna, Habitat etc. widersprechen. Seitens des Landesumweltamtes, welches Auftraggeber dieser beiden Studien war, wurde der Vorrang bisher nicht festgelegt und obwohl der Hochwassermanagementplan hinzugekommen sei bislang keine abschließende Klärung erfolgte, welche Festsetzungen der Vorrang obliegt. Diese Problematik wird mit den entsprechenden Gremien auf Landkreisebene geklärt werden.

Herr Damm fügt seinen Vorschlag hinzu, aufgrund der vorhandenen Ortskenntnisse der Bürgerinitiative einen Vorschlag zu erarbeiten und diesen absegnen zu lassen, um zu wissen, was getan und unterlassen werden muss.

Herr Granzow verweist noch mal auf den Artikel vom 13.11.2019 in der BRAWO und den im Artikel angegebenen Link zu den Überschwemmungsgebieten, welcher durch jeden Interessierten eingesehen werden kann.

⇒ **Hinweis der Protokollantin:**

[www.mlul.brandenburg.de/info/ueberschwemmungsgebiete](http://www.mlul.brandenburg.de/info/ueberschwemmungsgebiete)

⇒ Es schließt sich eine kurze Diskussion an über die weitere Verfahrensweise zur Unterlage von Herrn Damm und einer möglichen Abstimmung über die einzelnen in der Unterlage enthaltenen Punkte.

Herr Schwenzer und Herr Granzow sprechen sich dafür aus, dass die Unterlage von Herrn Damm dem Protokoll als Anlage beigelegt wird und schlagen eine Abstimmung vor.



Herr Gensicke bittet darum, dass die von Herrn Damm aufgeführten Punkte dem Protokoll als Anlage beigefügt werden, um sich damit auch in den einzelnen Fraktionen beschäftigen zu können. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass grundsätzlich nicht immer über sämtliche in Ausschusssitzungen unterbreitete Vorschläge abgestimmt werden kann, sondern dann im Vorfeld eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten und einzubringen ist, um den Fraktionen eine Diskussionsgrundlage zu ermöglichen.

Herr Böttger erkundigt sich nach der Erarbeitung der Einzelmaßnahmen.

Herr Hubald informiert, dass die Maßnahmen für die Stadt Rathenow bereits erarbeitet wurden und verliert ein Beispiel. Die aufgeführten Maßnahmen müssen im nächsten Schritt abgearbeitet werden.

Herr Damm kritisiert, dass ihm erst mit dem eigenständigen Herunterladen der Tagesordnung im Internet für die heutige Ausschusssitzung am Montagabend bekannt war, in der heutigen Sitzung zu den Hochwassermanagementplänen referieren zu sollen, spricht seine Verärgerung aus und bittet diesbezüglich Herrn Maasch in Zukunft um eine bessere Abstimmung und Kommunikation im Vorfeld der Tagesordnung und Sitzung.

Herr Granzow bittet Herrn Hubald oder auch Herrn Remus in der ersten Ausschusssitzung des neuen Jahres 2020 um Bericht zu der Unterlage von Herrn Damm, welche dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Herr Maasch merkt an, dass man dann zur nächsten Sitzung einen formulierten Antrag vorliegen haben sollte, um darüber abstimmen zu können.

Herr Böttger erkundigt sich, was in der nächsten Ausschusssitzung beschlossen werden soll.

Herr Reimer merkt an, dass eine Beschlussvorlage durch die Stadtverwaltung erarbeitet wird auf der Grundlage der heutigen Festlegungen.

⇒ Es schließt sich eine kurze Diskussion an über das Stellen von Anträgen und die Erarbeitung von Beschlussvorlagen.

Herr Hubald wünscht zu wissen, was genau beschlossen werden und wozu dieser Beschluss dienen soll. Die Stadt arbeitet nach den ihr vorliegenden Vorgaben.

Herr Schwenzer merkt an, dass die Stadt gezwungen werden soll zu handeln.

Herr Hubald erklärt, dass sich die Stadt in keiner Weise einem Handeln verschließt.

Herr Gensicke merkt an, dass Herr Damm es eindeutig formuliert hat, dass die Stadt zu handeln hat, Bericht zu erstatten hat und bereits einige Maßnahmen am Laufen sind. Es muss nichts beschlossen werden, was sich bereits in der Umsetzung befindet oder bereits unternommen wurde. Seinerseits kann auch nicht erkannt werden, dass sich die Verwaltung gegen einzelne Maßnahmen verschließt, daher genügt eine regelmäßige z.B. halbjährliche Berichterstattung seitens der Verwaltung und eine konkrete Klärung der noch offenen Punkte, welche in der heutigen Sitzung jedoch nicht benannt werden können.

Herr Damm führt an, dass die Bürgerinitiative auch weiterhin mitsprechen und entsprechend informiert werden möchte.

Herr Gensicke weist daraufhin, dass nur über die Stadt Rathenow betreffende Maßnahmen entschieden werden können jedoch nicht über den Landkreis. Es wird seinerseits davon ausgegangen, dass die Arbeitsgruppe Grundwasser auch weiterhin seitens der Stadt immer eingebunden wird in die Thematik zum Grundwasser in der Stadt Rathenow.

Herr Böttger regt an, dass zunächst eine Prioritätenliste erstellt wird.

Herr Gensicke bittet Herrn Hubald als Vertreter der Verwaltung bis zur nächsten Ausschusssitzung eine Prioritätenliste vorzulegen. Des Weiteren soll halbjährlich berichtet werden.

## **TOP 6 Situation im Stadtforst**

Herr Hubald informiert, dass Herr Querfurt aufgrund Erkrankung in der heutigen Sitzung nicht über die Situation im Stadtwald referieren kann.

## **TOP 7 Diskussion zum Radverkehr in Rathenow**

Herr Maasch stellt erneut Frau Wydra als Radverkehrsbeauftragte des Landkreises Havelland vor und erkundigt sich, ob Frau Wydra die Radverkehrssituation und speziell mit den Kreisverkehren in Rathenow bekannt ist. Des Weiteren wird erörtert, dass das Verhalten der Radfahrer im Straßenverkehr in der Stadt Rathenow teilweise auf Unwissenheit und auf Angst zurückzuführen sei. Es wird auf den Flyer "Sicher Radfahren auf der Berliner Straße in Rathenow" bezogen und angemerkt, dass dieser Flyer in jeden Haushalt gehört.

Herr Schwenzer merkt an, dass die Flyer bereits verteilt wurden.

Herr Böttger erkundigt sich, ob die Regelung „Reißverschlussverkehr Auto – Radfahrer“ gesetzlich verankert ist.

Herr Hubald verweist auf die Planung zur Verkehrskonzeption von Steinbrecher und Partner und schildert eigene Verkehrssituationen im Kreisverkehr und die Handlungsvorgaben. Die Planung der Kreisverkehre wurde gemeinsam mit den Sicherheitsauditoren des Landesbetriebes Straßenwesen entsprechend den damaligen neuesten Erkenntnissen erstellt. Wenn die Kreisverkehre ordnungsgemäß benutzt würden, wären diese auch sicher. Der damalige Flyer wurde mit der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Havelland abgestimmt. Eine Vielzahl der Unfälle in den Kreisverkehren der Stadt sind zurückzuführen auf eine unsachgemäße Benutzung der Kreisverkehre durch Autofahrer und Radfahrer. Der Radfahrer hat mittig in und durch den Kreisverkehr zu fahren, da ein Überholen im Kreisverkehr verboten ist. Als Problem wird ebenfalls angesprochen, dass Radfahrer mit ungeminderter Geschwindigkeit vom Gehweg kommend den Fußgängerüberweg überfahren, ohne vom Fahrrad abzusteigen und ohne auf den Kfz-Verkehr zu achten. Abschließend wird darüber informiert, dass der Flyer "Sicher Radfahren auf der Berliner Straße in Rathenow" überarbeitet wird.

Herr Granzow nimmt Bezug auf das letzte Ausschussprotokoll und verweist auf die Thematik Radverkehr, welche immer wieder umfangreich und ausführlich in den Ausschüssen thematisiert und debattiert wurde, und würde gerne den Leiter der Polizeiwache Rathenow einladen zu einer der nächsten Ausschusssitzungen, um gemeinsam die Probleme und Sorgen zu thematisieren. Des Weiteren wird der Vorschlag von Herrn Maasch befürwortet, sich gemeinsam mit den Abgeordneten und dem Ordnungsamt oder der Polizei an einem Mittwoch auf dem Märkischen Platz treffen, um gemeinsam die Radfahrer an den Kreisverkehren und auf dem Märkischen Platz direkt anzusprechen.

Herr Böttger nimmt Bezug auf ein Gespräch mit Herrn Seidel und informiert über die Problematik des teilweise durch Markthändler zugeparkten Fußgängerüberweges in Richtung Puschkinstraße und ungenügend gesicherter Kabel an den Markttagen auf dem Märkischen Platz.

Herr Gericke informiert, das Problem sei, dass der Radfahrer auf dem Gehweg fährt und Autofahrer den Sicherheitsabstand zum Radfahrer nicht ausreichend einhalten. Es wird angeregt in der Fehrbelliner Straße/Höhe Waldemarstraße einen Fußgängerüberweg zu installieren. Auch eine ordentliche Beschilderung, hier: z.B. Hinweis auf Abstand halten, würde hilfreich sein.

Herr Gensicke merkt an, dass man bereits seit Jahren die Thematik Radverkehr immer wieder umfangreich und ausführlich thematisiert und debattiert und die einzig funktionierende Variante die Kontrolle durch die Polizei sei mit der Ahndung von Verkehrsverstößen und die Kontrolle des Ordnungsamtes an den Markttagen auf dem Märkischen Platz bezüglich der verlegten Kabel und der parkenden Autos auf dem Märkischen Platz, welche den Querungs- und Sichtbereich der Fußgängerüberwege versperren. Ein gemeinsamer Vor-Ort-Termin an einem

abgestimmten Termin wird befürwortet, jedoch wird verdeutlicht, dass die Kontrollfunktion der Polizei und dem Ordnungsamt obliegen.

Herr Maasch erkundigt sich bei Frau Wydra, ob ihr das Radverkehrsproblem in Rathenow bekannt sei und nach ihrem Aufgabengebiet als Radverkehrsbeauftragte.

Frau Wydra erläutert, dass ihr die Situation in Rathenow sowohl als Radfahlerin als auch Autofahrerin bekannt sei und sie als Radverkehrsbeauftragte als Ansprechpartnerin für sämtliche Probleme mit Radverkehrsanlagen im Landkreis Havelland und als erste Anlaufstelle fungiert und aktuell mit der Erarbeitung einer Bestandsanalyse vorhandener Radwege im Landkreis Havelland, z.B. mit deren Beschaffenheit, Oberflächenstruktur, Breite etc., betraut ist, um für jede Kommune im Landkreis Havelland Handlungsansätze zu erarbeiten und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten und ggf. Finanzierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

⇒ **Hinweis der Protokollantin:**

<https://www.havelland.de/wirtschaft-verkehr/wirtschaft/radverkehr/print-version/>

Herr Maasch erkundigt sich bei Frau Wydra, ob sich z.B. Herr Gericke aufgrund seiner konkreten Vorschläge direkt an sie als Radverkehrsbeauftragte wenden könnte, und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Frau Wydra bejaht und erklärt, dass alle Informationen und Probleme aufgenommen und verarbeitet werden.

Herr Böttger erkundigt sich nach dem Zeitrahmen der Erarbeitung der Bestandsaufnahme und einer möglichen Kostenbeteiligung der Kommunen.

Frau Wydra informiert, dass zunächst ein Fragenkatalog an die Kommunen versandt wird mit der Bitte um Rückmeldung bis Mitte Januar 2020 und diesbezüglich keine Kostenbeteiligung der Kommunen besteht. Es werden Handlungsansätze erarbeitet und mit jeder Kommune besprochen. Die Finanzierung der Handlungsansätze erfolgt vorrangig durch die Kommune, wobei aber auch mögliche Fördermöglichkeiten durch Landkreis, Land und Bund aufgezeigt werden.

Herr Böttger möchte von Frau Wydra wissen, woran die Stadt Rathenow arbeiten müsste.

Frau Wydra erörtert, dass man an der Thematik Kreisverkehre und der Problematik der querendenden Radfahrer an den Fußgängerüberwegen arbeiten müsste und ein Radwegesystem mit bestimmten Routen geschaffen werden könnte, jedoch aktuell keine abschließende Aussage getroffen werden kann, mit Verweis auf die aktuelle Bestandsaufnahme und die weitere Vorgehensweise.

Herr Schwenzer spricht die teilweise Unkenntnis der Verkehrsteilnehmer zum Verhalten im Straßenverkehr an.

Herr Gensicke berichtet über eine Kommune in Deutschland in der anstelle Beschilderung gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr erfolgreich praktiziert wird.

Herr Böttger verliest eine Vorschrift hinsichtlich der Gehwegnutzung und fordert das Ergreifen polizeilicher Maßnahmen für bis zu einem halben Jahr.

Herr Granzow bittet Frau Wydra sich der L96-Problematik, hier: die Radwegeverbindung zwischen Rathenow und Böhne anzunehmen.

Herr Hubald verweist auf das beschlossene 2-stufige Verkehrskonzept. In der 2. Stufe sind ein dezidiertes Radwegenetzplan und auch eine umfängliche Zustandsanalyse der Radwege enthalten. Es wird verdeutlicht, dass eine Bestandsaufnahme bereits durchgeführt wurde und verweist auf das Defizit in der Umsetzung aufgrund der Finanzierung anderer Maßnahmen. Zur Umsetzung bestimmter Maßnahmen müssen auch entsprechende finanzielle Mittel eingeplant werden im Haushalt.

⇒ **Hinweis der Protokollantin zum Verkehrskonzept:**

<https://www.rathenow.de/wirtschaft-bauen/stadtentwicklung/verkehrsentwicklung/>

Herr Böttger erkundigt sich bei Frau Wydra nach den prozentualen Fördermöglichkeiten durch den Landkreis Havelland.

Frau Wydra merkt an, dass die Fördermöglichkeiten prozentual unterschiedlich gestaffelt sind bis maximal 60 %, jedoch kann man das aktuell nicht genau beziffern.

⇒ Herr Brüggemann verlässt die Sitzung.

Herr Schwenzer thematisiert parkende Autos auf den Radweg in der Semliner Straße und fordert das Ahnden des ruhenden Verkehrs durch das Ordnungsamt.

Herr Granzow wünscht, dass der Leiter der Polizeiwache Rathenow direkt im Ausschuss befragt und angesprochen werden kann.

Herr Hubald informiert, dass die Verwaltung an den Leiter der Polizeiwache Rathenow herantreten und anfragen kann, ob die Möglichkeit besteht.

Herr Maasch beauftragt die Verwaltung, den Leiter der Polizeiwache Rathenow einzuladen.

### **TOP 8 Vorstellung der neuen Friedhofssatzung der Stadt Rathenow**

Herr Gensicke bittet darum, in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde und aufgrund der nur noch geringen Anzahl an anwesenden Ausschussmitgliedern, die ausführliche Thematisierung zur Friedhofssatzung zu vertagen.

Frau Petrat schildert kurz den Werdegang zur Änderung der Friedhofssatzung und informiert über die sich noch in Bearbeitung befindende Gebührensatzung. Bezug nehmend auf die Bitte von Herrn Gensicke wird angeboten, die Vorstellung der neuen Friedhofssatzung in der nächsten Ausschusssitzung vorzunehmen. Des Weiteren wird sich nach Fragen, Anregungen und Änderungswünschen erkundigt.

Herr Schwenzer erkundigt sich nach einer farblichen Kennzeichnung der Änderungen.

Frau Petrat informiert über eine erste Diskussion zur Friedhofssatzung in der Ausschusssitzung im Mai 2019. Zur nächsten Sitzung wird den Ausschussmitgliedern die neue Friedhofssatzung mit den farblichen Kennzeichnungen der Änderungen bekanntgegeben.

Herr Granzow erkundigt sich nach Bestattungen anderer Religionen.

Frau Petrat erörtert, dass bereits Bestattungen anderer Religionen problemlos durchgeführt wurden.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet 18:37 Uhr.

Nach Erhalt kann gegen den Wortlaut des Protokolls bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung, Sicherheit und Brandschutz Einspruch erhoben werden.

Ralf Maasch  
Ausschussvorsitzender